

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

27.9.1919 (No. 226)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, betriebe
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung einschließlich Bestellgeld 5 A 90 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gefaltete Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 30 % Steuerzuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Rasterdruck gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Anzeigen, die in den ersten vier Tagen nach dem Erscheinen der Zeitung zu erscheinen haben, ist der Preis ermäßigt. Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Keine Ausnahmen von den reichsgesetzl. Zoll- und Steuerbestimmungen im kleinen Grenzverkehr.

Im Landtagsverhandlung vom 8. Juli 1919 ist ein Antrag einstimmig angenommen worden, wonach die badische Regierung aufgefordert worden ist, wegen der Abgabenfreiheit im kleinen Grenzverkehr mit der Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. Wie schon in früheren amtlichen Mitteilungen ausgeführt worden ist, hat die Regierung beim Reichsrat beantragt, auf Grund des Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft vom 17. April 1919 eine Verordnung des Inhalts zu erlassen, daß alle sonst abgabepflichtigen Nahrungs- und Genussmittel sowie Textil- und Schuhwaren, deren Einfuhr im kleinen Grenzverkehr an der deutsch-schweizerischen Grenze zugelassen ist, von allen Eingangszollgebühren befreit bleiben sollen. Schon früher ist darauf hingewiesen worden, daß fast keine Aussicht auf Annahme dieses Antrags vorhanden sei. Tatsächlich ist er auch trotz des nachdrücklichen Eintretens der badischen Reichsratsbevollmächtigten in der Vollziehung am 17. September d. J. abgelehnt worden. Die Eingangszollgebühren müssen daher im kleinen Grenzverkehr auch weiterhin erhoben werden.

Die badische Regierung hat ferner nach einem früheren amtlichen Artikel („Karlsruh. Ztg.“ Nr. 203 vom 1. Sept. 1919) das Gesetz vom 21. Juli d. J. Nr. 631. S. 1801, über die Zahlung der Zölle in Gold im kleinen Grenzverkehr nicht angewendet. Sie hat durch Verhandlungen mit dem zuständigen Reichsfinanzministerium zu erreichen gesucht, daß das Gesetz nicht den Ausführungsbestimmungen über die Zahlung eines Aufgelds an Stelle der Goldzahlung für den kleinen Grenzverkehr nicht Platz greife. Das Reichsfinanzministerium hat sich ablehnend verhalten.

Da nun nach dem Ergebnis der Reichsratsitzung vom 17. September d. J. die Reichsregierung den Standpunkt vertritt, daß Ausnahmen von den Zoll- und steuerrechtlichen Bestimmungen und den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften für den kleinen Grenzverkehr nicht zugelassen werden können, so wird es der badischen Regierung voraussichtlich unmöglich sein, die Einfuhrung des Goldzahlungsgesetzes für die Warenzufuhr im kleinen Grenzverkehr weiter ausgesetzt zu lassen. Es ist vielmehr zu rechnen, daß dieses Gesetz bald auch im kleinen Grenzverkehr an der deutsch-schweizerischen Grenze angewendet werden muß.

Volkszählung und Schulen.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat an die Schulbehörden und Schulen folgenden Erlaß gerichtet:

Nach der Verordnung des Reichsministeriums vom 16. Juli 1919 und der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 11. September 1919 findet am 8. Oktober 1919 in Baden eine allgemeine Volkszählung statt.

Für diese Volkszählung ist es außerordentlich wichtig, rechtzeitig für ein gut unterrichtetes Zählpersonal zu sorgen, das insbesondere gern bereit ist, bei der Ausfüllung der Fragebogen helfend mitzuwirken oder diese selbst auszufüllen. Um das nötige Zählpersonal in ausreichendem Maße zu gewinnen, sind sämtliche Staatsbehörden angewiesen worden, ihre Beamten, die irgendwie zu diesem Zwecke verfügbar gemacht werden können, dazu anzuhalten, sich den Zählungsausschüssen zur Verfügung zu stellen. Ebenso muß auch auf die Mitwirkung der Lehrer und älteren Schüler der größte Wert gelegt werden.

Wir ersuchen die Lehrer, wenn eine Aufforderung der mit der Durchführung der Zählung beauftragten Gemeindebehörden an sie ergeht, sich am Zählgeschäft zu beteiligen. Die geeigneten Schüler und Schülerinnen der oberen Klassen der höheren Lehranstalten mit Einschluß der Seminare und der älteren Schüler der Volksschulen sind gleichfalls zur Mitarbeit zu veranlassen. Soweit erforderlich, kann für das Einsammeln und die Vervollständigung der Zählpapiere der Unterricht am 8. Oktober ausgesetzt werden. Im Schulunterricht sind rechtzeitig an der Hand der Zählpapiere, die von den Gemeindebehörden zur Verfügung gestellt werden, unter Hinweis auf die Wichtigkeit der Zählung eingehende Erklärungen zu geben, damit die Schüler, die an der Zählung mitwirken, ihrer Aufgabe gewachsen sind, und damit auch die übrigen ihren Angehörigen bei Beantwortung der Fragen an die Hand gehen können.

Fahrradverkehr.

Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Beschlagnahme der Fahrradbereifungen und Einschränkung des Fahrradverkehrs durch die Bekanntmachung der Kriegsrohstoffabteilung vom 1. Dezember 1918 (vgl. Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — vom 25. 12. 18) aufgehoben worden sind.

Nach Mitteilung des Reichswirtschaftsministers unterliegen auch die Herstellung von Fahrradbereifungen und der Handel damit keinerlei Beschränkungen.

Die gemäß § 5 der Bekanntmachung des Kommandierenden Generals des XIV. A. A. vom 12. Juli 1918 über Beschlagnahme und Bestandserhaltungen der Fahrradbereifungen zurückgehaltenen Radfahrarten können den Inhabern zurückgegeben werden.

* Zur innerpolitischen Lage.

Die Einsicht, daß die Zeitverhältnisse eine Neubildung der Reichsregierung auf breiterer Grundlage erfordern, hat zu Verhandlungen zwischen Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie geführt, die den Zweck haben, den Wiedereintritt der demokratischen Partei in das Kabinett zu ermöglichen. Wir begrüßen diese Verhandlungen mit Genugtuung und sind der Hoffnung, daß sie von Erfolg gekrönt sein werden.

Wie das bei derartigen Besprechungen immer der Fall ist, so sind natürlich auch diesmal Schwierigkeiten sachlicher und persönlicher Natur zu überwinden. Wir haben aber zu der politischen Klugheit und dem guten Willen der drei beteiligten Parteien das Vertrauen, daß sie sich auf eine geeignete Basis für die Regierungsumbildung einigen werden.

Die Räte der Zeit erheischen eine solche Verbreiterung der Regierungsgrundlage auf das Ernsteste, und das Volk wird es deshalb begreifen und billigen, wenn man versucht, die drei großen Parteien in ihrem vollen Umfang für die Autorität der Reichsregierung, für die Bekämpfung der schwersten Schäden und für die Arbeit am Wiederaufbau des Reiches einzusetzen. Durch das mehr und mehr überhand nehmende Schieberrtum — eine Bezeichnung, unter der wir einen ganzen Komplex von bestimmten Erscheinungen verstehen — ist im Volke eine Unruhe und ein Unmut erzeugt worden, der unter allen Umständen abgebaut werden muß. Die extremen Parteien von rechts und von links machen sich selbstverständlich diese Unzufriedenheit zunutze, ohne sie damit allerdings auch nur im geringsten zu beschwichtigen. Im Gegenteil, die ganze Agitation der Reaktion und der Linksradikalen ist offensichtlich darauf gerichtet, jene Gesellschaftsmomente vor den eigenen Parteiwagen zu spannen, sie aufzupfeuern und sie gegen die Reichsregierung losrasen zu lassen.

Ganz besonders intensiv ist zurzeit die Agitation der Spartakisten. Man ist ihren Plänen und Absichten allerdings bereits auf die Spur gekommen und sonach imstande, sich auf neue Butschereien einzurichten. Die Enthüllungen selbst sind allerdings so geartet, daß wir uns auf recht ernsthafte Versuche der Spartakisten gefaßt machen müssen.

Nun glauben wir allerdings, daß die Reichsregierung trotz aller innerpolitischen Schwierigkeiten und trotz der noch immer anhaltenden Ungunst der allgemeinen Lage doch über genügend Machtmittel verfügt, um einen neuen gewalttätigen Umsturz von seiten der Spartakisten einzudämmen zu können. Aber auf die Dauer können wir doch nur dann gesunde Zustände schaffen, wenn das Volk aus sich heraus die sittlichen Kräfte zur Wehr der despotischen Spartakismuskultur entwickelt. Solange aber das Schieberrtum ein derartiges Unwesen treibt, wie wir es jetzt erleben, ist an eine solche sittliche Wiegeburt nicht zu denken.

Hier gilt es also, den Meißel anzusetzen. Kampf dem Schieberrtum bis aufs Messer! Das hat die Parole zu sein, die die ordnungsliebenden und aufbaufröhlichen Elemente unseres Volkes vereinigt. Die Regierungsparteien haben hier eine große und schwere, dafür aber auch um so lohnendere Aufgabe vor sich. Und Sache der Reichsregierung wird es sein, im Benehmen mit den Parteien die Anwendung eines jeden Mittels zu versuchen, das irgendwie geeignet sein kann, jenes furchtbare Geschwür am Leibe des deutschen Volkes zu beseitigen.

Durchaus volkstümlich ist die Forderung, dem Schieberrtum damit den Garaus zu machen, daß man auf diese Verbrechen am Leben des deutschen Volkes unter Umständen die Todesstrafe setzt. Das Volk hat hier ganz den richtigen Instinkt. Wer in umfangreichen, sich immer wiederholenden Schiebungen aus reiner, nackter Habgier das Leben und die Gesundheit ganzer Volksteile schädigt und untergräbt, der hat in der Tat die schwerste Bestrafung verdient. Eines ist sicher, daß ein Reichsgesetz, welches Zuchthaus und event. auch die Erschießung als Strafe für exzessives Schieberrtum bestimmt, vom Volke mit Beifall begrüßt werden würde. Und ebenso sicher ist es, daß allein schon die Erlassung eines derartigen Gesetzes sehr heilsam und sehr segensreich wirken würde.

** Der Kampf um die Zwangswirtschaft

dauert fort. — Leider wird ihm — das darf ganz objektiv konstatiert werden — seitens vieler Kreise, insbesondere der städtischen Bevölkerung — nicht jene Aufmerksamkeit zu Teil, die ihm gebührt. Würden aber die zahlreichen Gegner der Zwangsbewirtschaftung Obertwasser erhalten, käme es in den nächsten Wochen etwa zur Aufhebung der Zwangswirtschaft, dann erst könnte die städtische Bevölkerung am eigenen Leibe erfahren, in wie hohem Maße ihr persönliches Wohl, auf deutsch gesagt: die Magenfrage, mit dem Weiterbestehen oder der Aufhebung der Zwangswirtschaft zusammenhängt. Dann aber wäre es zu spät, dann hätte man Waden und Knochen unter streck erstickten Lebensmittelpreisen und ihren vielerlei Begleitererscheinungen zu rechnen.

Es soll nun hier keineswegs einer einseitigen Konsumentenpolitik das Wort geredet werden, und es ist auch ruhig zuzugeben, daß unter der steigenden Lenierung der Bedarfsgegenstände der Landwirtschaft auch der Bauer stark zu leiden hat, denn es sind z. B. die Schmiermittel um 260 Proz., die Wechstre um 400 Proz., die Säcke um 900 Proz., die Ketten um 300 Proz., die Eisenfen um 270 Proz. usw. gestiegen, allein im ganzen genommen steht doch die unwiderlegliche Tatsache fest, daß die ländlichen Bewohner in der gegenwärtigen Lebensmittelpolitik in ungleich vorteilhafterer Lage sind, wie die Einwohner der großen und selbst der mittleren und kleineren Städte. Dieser Umstand sollte auch auf dem Lande mehr wie bisher gewürdigt und deshalb der Kampf gegen die Zwangsbewirtschaftung weniger in den Vordergrund gestellt werden, wie dies zur Zeit leider täglich geschieht. Wären die Landwirte gezwungen, volle fünf Jahre und länger sich bezüglich ihrer täglichen Essensbedürfnisse auf die Tagesrationen fest zu lassen, man kann sicher sein, daß sie alle Mittel anwenden würden, um diese Tagesration nicht weiter zu kürzen aufzusehen. Deshalb sollte man auch auf dem Lande die Ablieferungsfrist weiter wie bisher anerkennen und dadurch dazu beitragen, daß zur Kohlennot in den nächsten Wintermonaten nicht auch noch die Ernährungsnot tritt.

Schweizer Brief.

(Von unserem schweizerischen Mitarbeiter.)

Bern, 20. September.

Schweizerreisen.

Nach einer in Bern anfang September von der eidgenössischen Zentralkasse für die Fremdenpolizei aufgestellten Statistik über die Einreisegesuche aus Deutschland in die Schweiz vom 1. Januar bis 1. August dieses Jahres wurden in dieser Zeit im ganzen circa 12 000 Gesuche behandelt. Sie verteilten sich auf die Eidgenössischen Konsulate rund wie folgt: Berlin 1500, Bremen 200, Düsseldorf 700, Frankfurt 800, Hamburg 200, Leipzig 700, Mannheim 1500, München 1500, Stuttgart 6000. Unter den Schweizerreisenden der letzten Zeit befand sich auch der Reichsminister der Finanzen, Herr Erzberger. Da wir keinen andern Souverän oder Landesherren und Herrscher haben als das Volk, den man beim Überschreiten der Landesgrenze antelegraphieren könnte, hat er sich am 7. September in einem Schreiben an das „Journal de Genève“ gewandt. Der Brief ist in gutem Französisch und sehr klug abgefaßt, wenn ihn auch die Zeitung nur „à titre documentaire“ veröffentlicht. Herr Erzberger empfindet danach im Augenblick, wo er das Schweizer Land verläßt, das Bedürfnis, seiner heraldischen Sympathie zum Schweizervolke und seinen Einrichtungen Ausdruck zu geben. Außer diesen bekannten Empfindungen äußert er aber eine ganze Anzahl gescheiter Gedanken. Am Schluß sagt er, er sei der Erste, um anzuerkennen, daß er Fehler gemacht habe. Insbesondere während des Krieges habe er nach und nach eingesehen, daß viele Dinge, die er für gut gehalten, schlecht waren und die deutsche Volks- erziehung, die deutschen staatlichen Einrichtungen und die deutschen Ziele vom Scheitel bis zur Sohle (de fond en comble) völlig umgestellt werden müßten. Das ist klug und mutig gesprochen.

Tonnage.

Nach einer Pariser Veröffentlichung rechnet man in englischen Schifferkreisen damit, daß die Schiffsbauten bis Ende 1922 alle Bedürfnisse überholt haben werden. Diese Berechnung ist auf die außerordentlich gesteigerte Leistungsfähigkeit der amerikanischen, britischen und japanischen Werften gestützt. Die Vereinigten Staaten hatten vor dem Kriege überhaupt keine großen Werften, heute produzieren sie jährlich vier Mil-

tionen Tonnen. Die britischen Werften haben den Bau von jährlich 1,8 auf 2,6 Millionen Tonnen gesteigert und Japan wird in kurzem eine Produktion von 1 Million erreichen. Alle Werften seien auf 5 Jahre hinaus bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Aufträgen versehen, so daß die Bau-tätigkeit sicher bis zur Überschreitung des Bedürfnisses anhalten werde. In absehbarer Zeit könne daher mit einem Sinken der Frachttarife bis zu unterster Grenze gerechnet werden. Britanien hat alle Maßnahmen getroffen, um künftighin durch die Qualität seiner Schiffe das Übergewicht zu haben, wie es vor dem Kriege durch die Quantität seiner Tonnage die erste Seemacht war. Seine Flotte soll ausgedehnter und schneller, für alle Bedürfnisse spezialisiert eingerichtet und mit sparsamstem Energieverbrauch fahrende Schiffe enthalten. Alle minderwertigen Schiffe sollen durch Verkauf an ausländische Werften ausgeschaltet werden, worauf staatliche Maßnahmen zielbewußt hinarbeiten. Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, welche Bedeutung für den kontinentalen Handel, für unsere Industrie und unsere Landwirtschaft und damit unsere Versorgung an Lebensmitteln, Rohstoffen und Gewerbeprodukten dieser Punkt hat. Darum muß eine solche Perspektive sehr achtsam verfolgt werden.

Warenangebote in der Schweiz.

Der Schweizer Handel leidet zum Teil an früheren Einbußen zu hohen Kriegspreisen, welche jetzt zur Ausführung kommen sollen, während zugleich Angebote zu bedeutend ermäßigten Preisen schon seit geraumer Zeit vorliegen. Die Schwierigkeit des Übergangs zu den geordneten Verhältnissen der Friedenszeit machen sich auf zahlreichen Gebieten fühlbar. Es wird dem Groß- und Kleinhandel immer schwerer, die Lager zu den schwindelnden Preisen der Kriegszeit abzuheben. . . . Beim Export an die warenhungrigen Kriegsländer kann noch mit Gewinn gearbeitet werden, aber die bodenlose Valuta dieser Gebiete erschwert und beengt den Absatz sehr. Die schweizerische Industrie klagt immer mehr über bestehende oder drohende übermächtige Konkurrenz der Industrie dieser valutaranken Länder und Nord-Amerikas. Sie ist in einer um so schwierigeren Lage, als sie vielfach noch zu hohen Kriegspreisen mit Rohmaterialien eingedeckt ist. Verschiedene kantonale Handelskammern sprechen von Überschwemmung des Landes mit Angeboten und nennen insbesondere Maschinen, elektrotechnische Spezialitäten, Textil-, Papier-, Korb- und Ledertwaren, sowie Plauerer Garbinnen. Ein Kennen aller Länder sämtlicher Kontingente nach Vertretern in der Schweiz wird festgestellt. Die Industriellen malen die Stilllegung ihrer Fabriken und die Regimenter Arbeitsloser an die Wand, welche diese Warenangebote zu Anterpreisen zur Folge haben müssen. Staat Sammel hilft! Man verlangt Verbot, Beschränkung, Kontingentierung der Einfuhr; zum wenigsten aber Ausgleichsölle zur Verringerung der ungeheuerlichen Valutadifferenzen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß Frankreich die Einfuhr nach dem Motto der eigenen Produktion beschränkt und die Zollzuschläge erhebt; England bei vielen Produkten nur einen Bruchteil von 1913 hereinläßt, Italien für fast alle Waren besondere Einfuhrerlaubnisse vorschreibt und Deutschland nebst Österreich außer solchen Maßnahmen gar noch die Annahme ihres eigenen Geldes bei Zollzahlungen verweigert und je nach dem Goldpreis den Zoll verdreifachen oder vervierfachen. Der Schweiz wird schließlich nichts übrig bleiben, als gleichfalls Abschlußmaßnahmen zu treffen. Welcher Maschinen und Wertwaren, welche Sammelkurium und Bezeugenbräu und was für ein Durcheinander und Höllebreuerei von Zöllen und Schlagbäumen von unendlichen Kosten und Vegetationen in dem kleinen Europa! Und zu welchem Ende haben im Laufe der Jahrhunderte diese jämmerlichen Ausflüsse des nationalen Eigenartes und Abflusses die einzelnen Länder geführt? Wie ist der Saldo, wenn man Rechnungsabläufe über Zeit

räumen macht, die im Völkerleben zählen, wie etwa ein Jahrhundert? Da wird man bei dem ungeheuren Aufwand an Kraft für diese im Endresultate verderblichen Schranken mit dem Japaner Kamo Schunfui in ihrer Nummer 212 sagen: So recht europäisch. Hoffen wir auf den Völkerbund und die aus dem Blutmeer des letzten Krieges auftauchende Völkervernunft.

Die schweizerische Sozialdemokratie und der Bolschewismus.

Wie vorausgesetzt, hat die schweizerische sozialdemokratische Partei bei der Urabstimmung das Votum ihrer Delegierten zum Parteitag verworfen. Während 318 Vertreter in Basel den Fahnenstrahl der Russenideale folgten und nur 147 Mann bei Besinnung blieben, haben 13 975 Stimmen den Anschluß an die Moskauer (oder dritte) Internationale abgelehnt und nur 8280 sind der lebhaften Agitation der Radikalinsktis und Züricher Jungburschen zum Opfer gefallen. Die Presse stellt fest, daß hierunter das größte Kontingent reine Ausländer sind und sehr viele davon nicht einmal das schweizerische Stimmrecht haben. In manchen nicht sozialdemokratischen Besprechungen des Ergebnisses läßt ein leises Bedauern, daß in diesem Augenblick die Extremisten nicht Erfolg hatten, weil deren völlige Beseitigung aus dem öffentlichen Leben der Schweiz dann viel leichter gewesen wäre. Allein das sind machiavellistische Erwägungen. Die schweizerische sozialdemokratische Partei ist durch den Austritt der Genüßler schon stark linksorientiert und ihre einseitige Haltung gegenüber dem Bolschewismus ihrer Parteitagvertreter wirkt daher umso eindringlicher. Sie ist ein erfreuliches Zeichen der politischen Reife der schweizerischen Sozialisten, wenn auch viele ihrer Gegner und ihre eigenen lospfosten Sturm-töde das Gegenteil lieber gesehen hätten. Von 22 Kantonen haben nur 5 eine Mehrheit für die Russen, also mehr ja als (nein) gebracht: Basel 925 (400); Gené 94 (58); Schaffhausen 302 (61); Tessin 254 (35); Zürich 2800 (2196).

Die 24 Stunden.

Durch Verfügung unseres Post- und Eisenbahndepartements ist auf den 1. Mai 1920 die Einführung der Stundenzahl 0-24 für alle Transportanstalten, die Telegrafverwaltung, den Zolldienst, die eidgenössischen Betriebe und die übrigen Bundesverwaltungen für ihren schriftlichen und telegraphischen Verkehr angeordnet worden. Die Bezeichnungen morgen, vormittags, nachmittags, abends bei Stundenangabe fallen weg. Die Zifferblätter der Uhren werden durch Beifügung der Zahlen 13-24 unter die Zahlen 1-12 ergänzt. In den Fahrplänen wird die Stunde der um Mitternacht ankommenden Züge mit 24,00, der um Mitternacht abfahrenden mit 0,00 bezeichnet. Im brieflichen Verkehr ist für Mitternacht stets 0,00 und für die Zeit der ersten Stunde nach Mitternacht 0,01 usw. zu setzen. Überflüssig ein Wort über den Vorzug dieser Durchführung der Tagesstunden zu sagen, sie nimmt ihren sicheren Weltlauf. Wann folgt Deutschland? Wir würden nur empfehlen auf die Bezeichnung der Mitternacht mit dem ominösen 0 oder 00 zu verzichten und es bei 24 zu belassen.

Aus den Wiener Enthüllungen

Der Krieg an Serbien war von Österreich erklärt worden. Die Verhältnisse spizen sich katastrophal zu. Im Auftrage des Reichskanzlers machte der deutsche Votschaffer in Wien, Herr v. Tschirschky, am 30. Juli dem Grafen Verdolb Mitteilung von einer neuerlichen Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Fürst Riknowitsch.

Diese Besprechung hatte nach dem Wortlaute der im 1. u. 2. Ministerium des Äußeren aufgefundenen Aufzeichnung — Tagesbericht vom 30. Juli; Weizung an die 1. u. 2. Votschaffer in London, Berlin und Petersburg vom 31. Juli — folgenden Inhalt:

„Sazonow habe die englische Regierung wissen lassen, daß

er noch der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Österreich-Ungarn direkt zu verhandeln und daher die Bitte ausspreche, England möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als Voraussetzung betrachte die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten.

Zu dieser russischen Erklärung bemerkte Sir Edward Grey zu Fürst Riknowitsch, England denke an eine Vermittlung a quare und habe dieselbe für dringend geboten, wenn nicht ein Weltkrieg entstehen solle.“

In privater Weise hat Sir Edward Grey dem deutschen Votschaffer zu verstehen gegeben, daß England zwar, wenn es sich nur um das Eingreifen Russlands handeln würde, neutral bleiben könnte, daß es aber, wenn auch Deutschland und Frankreich in die Aktion trete, nicht untätig bleiben, sondern zu sofortigen Entschlüssen und Handlungen gezwungen wäre. Das englische Kabinett müsse mit der öffentlichen Meinung rechnen, die wegen der österreichischerseits bewiesenen Hartnäckigkeit unangenehm beginne.

Dem italienischen Votschaffer, den Sir Edward Grey kurz nach dem Fürsten Riknowitsch empfing, sagte der englische Staatssekretär, er glaube, Österreich-Ungarn jede mögliche Genugtuung verschaffen zu können. Ein demütiges Zurückweichen Österreich-Ungarns käme nicht in Frage, da die Serben auf alle Fälle gezwungen und zur Zustimmung Russlands verpflichtet würden, sich den österreichisch-ungarischen Wünschen anzuerkennen. Österreich-Ungarn könne also, auch ohne einen Weltkrieg zu entfesseln, Bürgschaften für die Zukunft erlangen.“

Herr v. Tschirschky war beauftragt, an die im Vorstehende wiedergegebenen Äußerungen Sir Edward Greys die nachstehende Erklärung des deutschen Reichskanzlers zu knüpfen:

„Wenn Österreich-Ungarn jede Vermittlung ablehne, würde den Österreich-Ungarn und Deutschland einer Koalition von ganz Europa gegenüberstehen, da auch Italien und Rumänien nicht mit ihnen gingen. Österreich-Ungarns politischem Prestige, der Waffenehre seiner Armee und seinen berechtigten Ansprüchen Serbien gegenüber könnte durch die Befehung Belgrads und anderer Punkte Genüge getan werden. Auch feine Stellung am Balkan — Russland gegenüber — würde Österreich-Ungarn durch die erfolgte Demütigung Serbiens zu einem starken machen. Unter diesen Umständen müßte es das deutsche Kabinett dringend und nachdrücklich der Erwägung der 1. u. 2. Regierung anheimstellen, die Vermittlung Englands unter den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Es wäre für Österreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen.“

Wie reagierte nun Wien auf diesen Schritt der deutschen Regierung?

Mittels einer am 31. Juli aufgesetzten und erst am 1. August um 3 Uhr 45 Minuten vormittags erpedierten telegraphischen Weisung wurde den 1. u. 2. Votschaffern in London, Berlin und Petersburg von dem Schritt Herrn v. Tschirschky's im Angelegenheit des englischen Vermittlungsversuches und vor den diesbezüglichen Erwägungen der deutschen Regierung zur persönlichen Information Mitteilung gemacht. Der 1. u. 2. Votschaffer in Berlin, Graf Szögonyi, erhielt dabei den Auftrag:

„Ich ersuche Euer Erzellenz, dem Herrn Staatssekretär für die uns durch Herrn v. Tschirschky gemachten Mitteilungen verbindlich zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Russlands eingetreten sei, in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten.“

Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen das Königreich einstellend ihren Fortgang nehme, und daß das englische Kabinett die russische Regierung vermöge die gegen uns gerichtete Mobilisierung seiner Truppen zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle wir selbstverständlich auch die uns durch die russische Regierung aufgezogenen defensiven militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien sofort rückgängig machen würden.“

Graf Verdolb erklärte also, das Wiener Kabinett sei bereit, den Vorschlag Sir E. Greys zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu vermitteln, anzunehmen. Grey hatte aber den Vorschlag gemacht, eine Vermittlung zwischen allen vier beteiligten Mächten herbeizuführen. Zur Erklärung dieser Differenz wird im österreichischen Notbuch auf einen Chiffre-Vertrag des Grafen Szögonyi hingewiesen, der in seiner Depeche vom 30. Juli, 5 Uhr 15 Min. nachm., von Verhandlungen „mit Serbien, statt „mit den Mächten“ sprach. Dieser Vertrag wurde von ihm in einem zwei Stunden später abgeordneten Telegramm richtiggestellt. Trotzdem gab Graf

Parzifal.

(Zur Einführung.)

Richard Wagner hat den Stoff zu seinen Musikdramen aus dem deutschen Mythos und der Heldenjage geschöpft. Bei der Auswahl war aber nicht etwa ein großes Geschick ausschlaggebend, dessen dramatische Gestaltung ihn reizte, das Entscheidende war vielmehr die dramatische Idee, die er in den Geschicknissen veranschaulichen konnte. Ein Blick auf seine Musikdramen seit „Tristan“ wird diese Behauptung bestätigen. Im „Götterdämmerung“ ist zum erstenmal das Erlösungsthema angeschlagen, das im „Lohengrin“ eine tiefere Ausgestaltung erfahren hat. Im „Lohengrin“ ist das Problem des tragischen Verhältnis zwischen Höhermensch und Alltagsmensch, zwischen Künzler und Welt vernünftlich. Im „Tristan“ ist das Thema die Liebesqual; Tristans Liebestod ist das Symbol der Erlösung. Und derselbe Gedanke der Erlösung durch die vollstündige Verneinung des Willens zum Leben im Sinne Schopenhauers ist im „Ring“ weitergesponnen. So sehen wir überall dieselbe Erscheinung: die dramatischen Vorgänge sind Symbole einer Idee.

Diese Methode der Symbolisierung und Allegorisierung ist im „Parzifal“ auf die Spitze getrieben. Eine Tat, ein Geschehen steht nicht mehr für sich selbst, sondern ist Sinnbild, und die Träger der Handlung sind keine Charaktere, sondern allegorische Figuren. Daher muß, wer den „Parzifal“ verstehen will, hinter die äußeren Vorgänge schauen, er muß den Schlüssel zu der geheimnisvollen Symbolik besitzen, die um so komplizierter ist, als hier Wagner nach der Überwindung des Schopenhauerschen Pessimismus Religion und Mythos aufs innigste miteinander verschmolzen hat. Und während in den früheren Werken die Erlösung an das Aufgeben des irdischen Lebens gebunden war, bleibt Parzifal am Leben. Er ist, zwar nicht aus eigene Kraft, sondern im Beiden des Kreuzes, durch christliche Gnade, der Überwinder der sündhaften Welt, an deren Stelle er eine neue, eine reine setzt. In welcher Weise diese Idee durch die Handlung in symbolischer Weise veranschaulicht wird, soll mit kurzen Hinweisen im folgenden, ohne kritische Beleuchtung, nur zur Erläuterung des Verständnisses, dargelegt werden.

Im Mittelpunkt des Parzifaldramas steht Amfortas. Er ist der Hüter des Graals, jener Schale, aus der der Heiland mit seinen Jüngern beim Abendmahl trank, und in der das

Blut des Erlösers aufgefangen wurde. So ist nach Wagners eigenen Worten der Graal, das tiefstimmigste Symbol, das je noch als Inhalt des sinnlich-geistigen Kerns einer Religion erfunden werden konnte.“ Er ist auch der Hüter des heiligen Speeres, mit dem der Heiland am Kreuze verwundet wurde. Aufgabe der Graalritter ist es, für alles Edle und Gute gegen das Böse zu kämpfen. Auch Amfortas ist ausgezogen für die Erhaltung des Graals zu kämpfen, den der Jüngerer Klingor begehrt. Aber in dessen Reich, das die Ansehungen des Lebens vernünftlich, erliegt er Runder Versuchung. Sie ist die Personifikation der sich verzehrenden Sinnlichkeit. Amfortas aber ist der Repräsentant der auf Abwege geratenen Menschheit. In ihm verkörpert sich, daß sich immer weiterzeugende Leid der Welt, die nur durch die Verneinung des Willens erlöst werden kann.“

Erlösung kann ihm aber nur bringen: „Durch Mitleid wissend der reine Tor.“ Parzifal ist es, der reine unerfahrene Naturmensch. Zunächst lernt er durch Gurren das Mitleid mit den Tieren, nachdem er, unwissend, den Schwanz getötet hat. Aber das Leiden der Menschheit, des Amfortas, kann er noch nicht fassen. Auch des Königs Selbstanklagen kann er nicht verstehen, da sinnliches Begehren in ihm selbst noch nicht erwacht ist. Er muß die Qual der verlangenden Liebe in Runder Armen erst an sich selbst erfahren haben, um Amfortas Sünde und Strafe zu begreifen. Die Blumenmädchen in Klingors Jamborschloß, in denen wir Symbole vergänglichster Lust zu sehen haben, fesseln ihn nicht. Aber Runder Ruf weckt in ihm sinnliches Begehren. Nun wird er hellhörig. Das Bild des leidenden Amfortas kehrt in seine Erinnerung zurück. Da er jetzt selbst das Verlangen gespürt, wird er wissend. Aber er erringt den höchsten Sieg, der den Menschen beschieden, den Sieg über sich selbst. Klingor hat deshalb keine Gewalt über ihn, und der gegen ihn geschleuderte Speer bleibt über seinem Haupt schweben. Nun hat Parzifal zwar die Leiden der Welt erkannt, aber zum Amte des Erlösers ist er noch nicht reif, erst muß er sie auf langen Irrfahrten an sich selbst erfahren haben.

Runder ist eine der merkwürdigsten Schöpfungen Wagners, sie ist Dämon und Dämon zugleich, „in höchsten Heiles heißer Sucht, nach der Verdammnis Quell“ schmachtend. Einst in der Vollkraft sinnlicher Leidenschaft hat sie den Heiland am Kreuze verlastet. Da traf sie sein Bild und damit zugleich die Erkenntnis ihrer Sündhaftigkeit. Sie sucht Erlösung in der Liebe. Aber nur der kann den Fluch von ihr nehmen, der ihren Lockungen widersteht, sich ihr in unirdischer Liebe zuneigt. „Nur wer mit dem Bild des Heilands auf sie schaut,

des Meinen, des Verzeihenden, nur der löst sie frei!“ Parzifal allein, der Inbegriff willensstarker Selbstsucht und Reineit kann sie durch den Kuß des vergebenden Mitleids entsinnen.

Am Schluß, von dem Augenblick an, wo der Held die Rüstung ablegt, gerät „Parzifal“ immer mehr in ein religiöses Nahes Wasser. Karfreitagstimmung — Erlösungsszenen. Die Furchungsszene veranschaulicht symbolisch Runder Selbstverleugende Liebe und Demut. Parzifal wird gelobt und so zum dem höchsten Wert der Erlösung würdig vorbereitet. Nun hat er alles Züchtige abgetreift. Jetzt erst ist er würdig, Amfortas zu ersühnen, was durch die Verklärung mit der heiligen Lanze, die ihm einst die Wunde schlug, vernünftlich wird. So erfüllt sich an ihm die Erlösungsbotschaft. Als Bote des Heilands senkt sich aus der Höhe die weiße Taube herab und bleibt über Parzifals Haupte schweben, ihm so als den Würdigsten zum neuen Graalskönig bestellend. So ist der christliche Erlösungsgedanke in Parzifal veremblichlich, der, da sich in ihm nach Christi Vorbild die Liebe in Mitleid entäußerte, zum Erlöser der Welt werden konnte. Und während sich Parzifal unter kummern Gebet in den Anblick des Graals versetzt, erklingen, kaum hörbar, aus der Höhe die Worte:

„Höchsten Heiles Wunder:
Erlösung dem Erlöser!“
Hugo Koller.

Landestheater. Paul Eggers dreifache Komödie „Adam, Eva und die Schlange“ findet ihre glückliche Eröffnung auf der Landesbühne am Mittwoch, den 1. Oktober. Das Werk des Wiener Schriftstellers und jetzigen Leiters des deutschen Schauspielhauses in Hamburg war: Repertoirestück des kleinen Theaters in Berlin, erlebte zahlreiche Aufführungen in Hamburg, Darmstadt usw. und zählte den stärksten Erfolg für den Dichter, der auch mit Bühnenwerken ersteren Gepräges Anerkennung fand.

Einen Richard-Strauß-Liederabend veranstaltete am Donnerstag Frau Ann Ganhorn und bereitete ihren Zuhörern einen vollen Genuß. Mit feinem, tiefem Empfinden, gepaart mit einer glänzenden Technik, verstand die Künstlerin ihr tollkühnen Organ den klangvollen Liedern des Herrn August Richard. Leider war der Besuch des Abends nicht so zahlreich, wie es die künstlerischen Darbietungen Frau Ganhorns verdient hätten, doch durften sich die Wenigen der genussreichen Stunde rechtlos erfreuen.

Verständnis, obwohl er von der Nichtigkeit des Kenntnis genommen hatte, seine oberste Anweisung an die Volkshüter aus.
„Als nun — fährt das Notbuch fort — die deutsche Regierung im Lauf des 30. und 31. Juli von Seite des englischen Botschafters wiederholte Male um Antwort befragt wurde, kam sie nie, da sie physisch noch nicht im Besitze der von Wien am Morgen des 1. August expedierten Erledigung ihrer Befürwortung des englischen Vorschlags sein konnte, bloß zu konstatieren, daß ihr trotz wiederholter dringlicher Anfragen eine gegenständliche Antwort aus Wien nicht zugekommen sei. In unmittelbarer Folge aber mußte in London während dieser entscheidenden Stunden die unerschütterliche Überzeugung von der mala fides (bösen Absicht) der deutschen Regierung entstehen.“

Politische Neuigkeiten.

Aus Reichsrat und Nationalversammlung.

Berlin, 26. Sept. Im Bundesratsversammlung des Reichstages tagte heute nachmittags der Reichsrat in öffentlicher Sitzung. Finanzminister Erzberger eröffnete die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Er entschuldigte sich wegen seines gestrigen Nichterscheinens mit dem Hinweis auf eine wichtige Sitzung des Gesamttabinetts. Der Reichsrat überließ eine Reihe von Beschlüssen und Gesetzentwürfen an die entsprechenden Ausschüsse. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung behandelte der Reichsrat den bereits gestern mitgeteilten Antrag des bayerischen Vertreters auf Einsetzung eines Untersuchungs- und Überwachungs Ausschusses von Mitgliedern des Reichsrates und der Nationalversammlung über des späteren Reichstages für die Kriegsgesellschaften. In seinem Bericht darüber führte der sächsische Vertreter Graf v. Helldorf aus, daß der bayerische Antrag in völliger Übereinstimmung mit der sächsischen Regierung gestellt worden sei. Er ersuchte eine größere Anzahl von Kriegsgesellschaften nicht unerwünscht sein, die auf das Vertrauen der Öffentlichkeit Wert legen. Der Ausschuss werde sich allerdings noch nicht gleich mit den häufig angegriffenen Reichshandelsverbänden befassen können, da für diese die einzelstaatlichen Verordnungen zuständig seien. Reichsfinanzminister Erzberger gab die Versicherung, daß die Reichsregierung den Antrag entschieden unterstützen werde. Der bayerische Vertreter erklärte das Vorgehen Bayerns aus dem Wunsch, über die Sünden und Verdienste der Kriegsgesellschaften Klarheit zu schaffen, um das Vertrauen des Volkes zu befestigen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danach tagte der Reichsrat in nichtöffentlicher Sitzung weiter.

Berlin, 26. Sept. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung wünschte Stürmer (Zent), daß bei der Durchführung der Verfassungsbestimmungen überall darauf gesehen wird, daß Hand in Hand mit den Regierungen gearbeitet und deren Eigenart entsprechend berücksichtigt wird. Das Verlangen auf Überführung der Heeresarchive von München nach Berlin habe großes Aufsehen erregt, und der Reichspräsident wurde im Hinblick auf die allgemeinen Zustände in München und Stuttgart in ein falsches Licht gebracht. Der Reichstagsler erklärte, daß in der vom Vorredner gewünschten Weise verfahren werden sollte. Alle aus der Ausführung der Verfassungsbestimmungen sich ergebenden Fragen sollen durch Verhandlungen und im Einvernehmen mit den Freistaaten erfolgen. Kein Freistaat soll vergewaltigt werden. Alle Fragen, die sich auf die Eisenbahn, die Post und Übernahme des Personals beziehen, sollen im Einverständnis mit der bayerischen Regierung gelöst und Bayerns Eigenart berücksichtigt werden.

Berlin, 26. Sept. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung hat heute den Haushalt des Reichspräsidenten einstimmig in der Form genehmigt, daß das Gehalt auf 100 000 Mark und der Gesamtschuldungsaufwand auf rund 600 000 Mark im Vorausschlag 704 000 Mark ermäßigt wird. Darin sind einbezogen 100 000 Mark zur freien Disposition des Präsidenten, über die Rechnung zu legen ist. Das Bureau des Präsidenten umfasst einen Leiter des Bureaus und fünf der geforderten drei Vortragenden Räte, drei Referenten.

Berlin, 26. Sept. Da die Sozialdemokraten ihren Antrag auf Verlagerung der Beratungen über das Umfassendgesetz zurückgezogen haben, hat der Ausschuss der Nationalversammlung heute die Beratungen begonnen.

Berlin, 26. Sept. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung erklärte bei der Beratung des Haushalts der Reichsjustizverwaltung ein Vertreter, daß eine allgemeine Amnestie nicht in Aussicht stehe, vielleicht bei dem endgültigen Friedensschluß.

Oberst Reinhard über sich selbst.

Oberst Reinhard, der Chef der Reichswehrbrigade Berlin, hat Gelegenheit genommen, sich in breiter Form über seine militärischen und politischen Anschauungen gegenüber einem Vertreter der Presse auszusprechen. Das Interview wird von Johannes Fischer, dem bekannten politischen Korrespondenten der „Weltbühne“, in der nächsten Nummer dieses Blattes veröffentlicht. Wir geben einige Stellen daraus wieder:

Oberst Reinhard erklärte zunächst, der angelegte Offiziersstellungsbewerber Reuendorff, der „Auerungen“ des Obersten in die Öffentlichkeit trug, verdiene keinen Glauben: „Der Mann ist für mich erledigt. Ich erkläre Ihnen: Reuendorff, der sich Offiziersbewerber nennt, ist ein ganz gemeiner Schwindler. Ist ein Offiziersbewerber gewesen. Operiert mit falschen Papieren und ist so und so oft verurteilt. Das habe ich alles aufmerksam festgestellt können. Und den sollte, dürfte ich nicht aus meiner Truppe entfernen? Ich mußte es einfach, wenn ich die Knochenfäule nicht noch weiter fressen lassen wollte.“

„Die Knochenfäule?“
„Ja, das nenne ich die ganz unheilbaren Zustände unter den Soldaten. Vergeltlich können sich die Straftaten. Kein Richter wird jemals durch diese Aktenstücke hindurchkommen. Keiner. Jetzt erst recht nicht. Jetzt hat kein Militärgericht Anlaß mehr, sich noch besonders zu bemühen. Denn die Nationalversammlung hat ja die Militärgerichtsbarkeit abgeschafft. In diesem Übergangsstadium kann nur noch das Allernotwendigste im Militärgericht rasch zu Ende geführt werden. Und die Knochenfäule — na, schweigen wir darüber. Dieser Beschluß des Parlaments hat die Knochenfäule im Heere bereinigt. Wissen Sie, was es heißt, ohne eine Militärjustiz auszukommen? Als im Felde uns Offizieren, auf das Geschrei des Reichstages hin, das Ansehen reineren Kurzen an die Räume verbieten wurde, wars mit der Disziplin vorbei. Jawohl: vorbei. Lange Untersuchungen, lange Strafverfahren, abwägen und noch einmal abwägen: ich bitte Sie, wollen Sie damit die Disziplin in der Truppe aufrecht erhalten? Ich sage Ihnen, die Knochenfäule ist wirklich schon sehr weit vorgeschritten.“

Der Oberst sprach weiter über die Fahne:
„Wissen Sie, daß sich uns allen Soldaten das Herz zu Leibe umgewendet hat, als so im Ku die schwarz-weiß-rote Fahne abgeschafft wurde? Wissen Sie, daß unter dieser Fahne, die man einfach auf den Wehrbüchsen geschmitten hat, tausende, gehntausende, hunderttausende Soldaten, Mannschaften und

Offiziere, in Feindesland befangen liegen, daß wir unter dieser Fahne in Ost und West den Feind angegriffen und besiegt haben? Ja, heulen konnte man, daß sie einem diese Fahne genommen haben. Weiß Gott, das ist uns allen Soldaten verflucht nahe gegangen.“

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde die gegenwärtige innere Lage berührt:

„Ich mache kein Hehl daraus, daß ich Monarchist bin. Mein Gott, wenn man dreißig Jahre lang seinem König und Kaiser treu gedient hat, dann kann man nicht plötzlich sagen: Kon morgen an bin ich Republikaner. Das geht einfach nicht. „Gier — und dabei tippte er mit dem dritten Finger der Rechten auf sein Herz — „erlaubt einem partout nicht. Aber, fürchten Sie nichts: ich halte es für unmöglich, die Monarchie im Augenblick wieder aufzurichten. Das verbietet uns allein schon die Entente. Aber: was in zehn Jahren sein kann, wie (9) da die Verhältnisse geändert haben können — das wissen wir Alle nicht. Natürlich: ein kaiserliches oder königliches Regime, wie wir es vor dem Kriege gehabt haben, das paßt dann bestimmt nicht mehr. Eine demokratische Monarchie ließe sich indessen wohl vorstellen.“

Und mit einem Mal wandte sich der Oberst, ziemlich untermittelt, an mich mit der Frage:

„Wie sehen Sie die nächste Zukunft an?“

„Republikanisch.“

„Sehr?“

„Sehr! Der Winter... dann muß gehandelt werden.“

„...?“

„Eine Militärdiktatur?“

„Nennen Sie's, wie Sie wollen. Dann geht's gerade oder ungrade. Aber seien Sie versichert: wir Militärs wollen mit den Zivilisten Hand in Hand gehen. Dann muß dafür gesorgt sein, daß eine starke Regierung neben und zu uns steht. Ordnung schaffen wollen wir — und, wenn es sein muß, mit Gewalt.“

„Eine solche zivil-militärische Diktatur würde sich nicht drei Tage halten können“, wandte ich ein. „Die Arbeiter würden in den Generalstreik treten und Ihre schönsten Berechnungen über den Haufen werfen.“

„Da bin ich doch anderer Ansicht. Lassen Sie sich erzählen, wie ich's in Obersachsen gemacht habe. Die paar Reichswehrruppen waren, als es dort unten drunter und drüber ging, so verängstigt und eingeschüchtert, daß sie sich nicht aus den Kasernen herauswagten. Die Einwohner, Frauen und Kinder, waren entschlossener als die Soldaten, auf die es die Aufrührer vor allem abgesehen hatten. Nachts brachten sie den Truppen heimlich was zu essen. So war die Lage, als ich nach Obersachsen mit meiner Truppe kam. Ich fuhr wie ein Donnerwetter drein. Ein paar Häuflein, die schlimmsten, wurden niedergemacht. So was muß sein. Arbeitszwang wurde ausgesprochen. Und sie hätten nur sehen sollen, wie die Arbeiter am nächsten Morgen auf der Arbeitsstätte erschienen! In ihren schwarzen Brautkleidern kamen sie angelaufen. Die Ordnung war wieder hergestellt.“

„Und dieses Regime würden Sie dann ganz allgemein anwenden wollen?“

„Gewiß.“

„Also Gallist?“

„Jawohl, Gallist!“

„Ordnung muß nun doch einmal geschaffen werden. Und da muß man gegebenenfalls eben sein Leben in die Schanze schlagen. Dazu ist man Soldat.“

* Soweit das Interview. Wir verzeichnen die Ausführungen Reinhard's nicht ohne Bedenken. Daß es soweit kommen konnte, daß sich der Militarismus in dieser Form wieder regen darf, ist aber einzig und allein die Schuld der Spartaisten, die die Regierung zwingen, sich des Militärs zu bedienen, um das Schlimmste, die Anarchie und das Schwebendregime, das Verbrechens von unserem Volke abzuwenden. Und das Militär hat nun einmal leider seine eigene Moral und seine eigene Ausdrucksweise.

Kleine Nachrichten.

Gaag, 27. Sept. Der „Nieuwe Courant“ verzeichnet das Gerücht, daß Lenin gekürzt worden ist, und einer anderen bolschewistischen Regierung Platz gemacht habe.

Berlin, 26. Sept. Die angekündigten Strafmaßnahmen gegen die Truppen, die sich dem Abtransport aus dem Baltikum und Litauen noch widersetzen, sollen, wie die „D. Z.“ am Mittwoch“ hört, schon am 1. Oktober in Kraft treten. Ein neues Ultimatum mit den äußersten Drohungen der Entente soll zu erwarten sein.

Berlin, 26. Sept. Das Kriegsministerium teilt mit: Gestern ist aus englischer Gefangenschaft folgende Anzahl von Kriegsgefangenen angekommen: In Köln-Deutz 1240 nach dem Durchgangslager Alt-Gradow, 1168 nach Jüttau, 1243 nach Göttingen, 1117 nach Wehlar, 1112 nach Zaubersbachsheim, 1189 nach Rod-Wehde. In Limburg sind aus amerikanischer Gefangenschaft angekommen: 1143 nach Heuberg, 1102 nach Rajstatt. In der Zeit vom 20. bis 22. September sind 147 in Limburg angekommen, die aus der Kriegsgefangenschaft entwichen sind. — Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: 1. Die japanische Regierung habe gemäß den Entschlüssen der Pariser Konferenz den Vorschlag gemacht, die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zu entlassen, ohne die Ankunft einer mit dem Abtransport beauftragten deutschen Kommission abzuwarten. Die Bereitwilligkeit der schwedischen Gefandtschaft in Koto, sich alles Erforderlichen anzunehmen, läßt eine glatte Abwicklung des Transportes erwarten. 2. Es besteht Hoffnung, daß der Dampfer „Koon“, der die Befragungen der am Hinterbänken ausgelieferten deutschen Schiffe abholen soll, gleichzeitig in die Humbern (Borderrindern) befindlichen Deutschen mitbringt, soweit Platz vorhanden ist.

Berlin, 26. Sept. Wie der hiesige Vertreter der „Chicago Abendpost“ erfahren haben will, haben die Deutsch-Amerikaner in San Francisco einen Hilfsverein gegründet, in welchem die Frauen eifrig an der Arbeit sind, eine große Menge von Kinderkleidern herzustellen, um Tausenden von armen Kindern in Deutschland eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Es werden aber auch Kleidungsstücke für Erwachsene und vor allem auch Nahrungsmittel, wie Schinken, Speck, Wachsen, kondensierte Milch, Kaffee, Seife gesammelt, um in großem Umfang nach Deutschland geschickt zu werden. Hunderttausende von Postpaketen sind schon an Verwandte und Freunde abgegangen.

Berlin, 26. Sept. Nach einer Meldung der „D. Z.“ am Mittwoch“ sind in Elberfeld und Wermien und anderen Orten des Wuppertales die Transportarbeiter in den Streit getreten. Vom Reichskommissar Severing eingeleitete Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil der Deutsche Transportarbeiterverband die Ausschaltung des Christlichen Verbandes fordert. Severing lehnte die Forderung ab und legte sein Amt als Schiedsmann nieder. Die christlich-organisierten Arbeiter haben sich dem Streit nicht angeschlossen.

Bern, 26. Sept. Im Anschluß an den Zwischenfall Barthou-Clemenceau erzählt der Pariser Korrespondent der „Nationalzeitung“, daß Frankreich für den Fall, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifizieren sollte, den gegenwärtigen unübersehbaren Vertrag nicht mehr als bestehend betrachten und einen rein europäischen Vertrag fordern würde, der in Europa allein Frankreich die nötige Sicherheit böte. Ein solcher Vertrag müßte sich von dem heute vorgesehenen unübersehbaren Abkommen ganz bedeutend unterscheiden. Die Gewißheit, daß eine nationale Polizei Frankreich schützt und die Erfüllung der Garantien gewährleistet, wäre dahin. Frankreich könnte die erreichten Konzessionen nicht mehr als genügend anerkennen, könnte auf das linke Rheinufer nicht mehr verzichten und könnte sich mit der Entlohnung Deutschlands und den Konzessionen im Saargebiet nicht mehr befriedigt erklären. Der Korrespondent glaubt, daß die Drohung Clemenceaus ihren Zweck nicht verfehlen werde und daß es Clemenceau gelungen sei, seine Gegner, die er vor die Alternative stellt, entweder Völkerverbund oder einen neuen Krieg in wenigen Jahren, wie eine heilige Entscheidung zu stellen. Man gewinne den Eindruck, daß die Umwörter auf die Ministerposten plötzlich zurückhaltender geworden sind, weil die Aufgabe, die sie übernehmen sollen, viel weniger einladend sind, wenn man sie unter diesen Gesichtspunkten betrachte.

Amsterdam, 26. Sept. Wie der „Telegraaf“ aus London berichtet, werden am Montag die neuen Verordnungen über den Verkauf der Lebensmittel in Kraft treten, nach denen der Gewinn für die Händler auf 35 Prozent beschränkt wird.

Versailles, 26. Sept. Wie „Chicago Tribune“ meldet, hat Wilson Italien eine Antwort in der Formfrage gegeben lassen, in der er sich kategorisch weigert, den Vorschlag Tittonis, daß Rom italienisch werden solle und daß der Hafen zu internationalisieren sei, überhaupt in Betracht zu ziehen.

Bern, 26. Sept. Raderewsky gewährte einem Redakteur des „Zentralpost“ eine Unterredung, in der er die Nachricht dementierte, daß er die Wölch habe, zurückzutreten. Er sagte in der Unterredung, in der es auch an deutschfeindlichen Redensarten nicht fehlte, daß die augenblickliche Lage Polens außerordentlich schwierig sei und besonders sehr er die wirtschaftliche Lage Polens nicht rosig an.

Badische Ueberlicht.

oc. Heidelberg, 27. Sept. In einer von 400 bis 500 Personen am Donnerstagabend in der Ohnmassumsturnhalle abgehaltenen Protestversammlung beschäftigten sich Post-, Eisenbahnbeamte und Arbeiter mit dem Bucher, Schieberum und Schleichhandel. Referent war Postsekretär Weststein, der in seinen Ausführungen sagte, daß immer weitere Kreise diesem unethischen Treiben verfallen. Die Regierung ist zu schwach, diesem Tun Einhalt zu gebieten. Sie hat nicht genügend Macht und Unterstützung hinter sich. Also bleibt nichts übrig als die Selbsthilfe. Die Beamten insbesondere müssen jetzt heraus aus der Reserve. Mit der Regierung solle zusammengegangen, aber wenn sie verjagt, selbstständig gehandelt werden. Unter großem Beifall schloß der Redner seine Ausführungen. Es wurde einstimmig eine Entschiedenheit angenommen, in der es u. a. heißt: „Die täglich zu besprechenden Sendungen und Telegramme in Schleichhändler- und Schieberangelegenheiten haben einen verhängnisvollen Umfang angenommen, daß der ganze übrige Verkehr gehemmt, ja teilweise unterbunden wird. Die in Kriege und in der Revolution bewährte Beamten- und Arbeiterschaft sieht sich jetzt veranlaßt, dem Staate als beste Stütze zu dienen, indem sie sich geschlossen verpflichtet, zum Segen des Staates und zur Gesundung der Volkswirtschaft keine Schieberleistungen mehr zu bearbeiten. Es muß folglich von der Regierung gefordert werden, daß sofort die Zensur über die im Verdacht des Schieber- und Schleichhandels stehenden Postsendungen, sowie über die Telegramme und Gespräche eingeführt wird.“

Aus der Landeshauptstadt.

Erklärung des Vereins Karlsruher Presse.

Der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse, in dem die sämtlichen Karlsruher Tageszeitungen mit Ausnahme des „Karlsruher Tagblattes“ vertreten sind, hat heute folgende öffentliche Erklärung beschlossen:

1. In einem Artikel in Nr. 267 des „Karlsruher Tagblattes“ überschrieben „Karlsruher Presse und Journalistenverein“, wird die Behauptung aufgestellt, daß der Verein Karlsruher Presse nicht die offizielle Ständevertretung der hauptstädtischen Presse sei. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Sämtliche Tageszeitungen Karlsruhes und die erdriefende Mehrheit der hier am Platze tätigen Journalisten, Kritiker und Schriftsteller sind Mitglieder des Vereins. Eine Ausnahme macht sei einiger Zeit lediglich das „Karlsruher Tagblatt“, dessen Redakteure aus dem Verein austraten, weil sie mit der von einer ordnungsgemäß einberufenen Generalversammlung mit großer Mehrheit vollzogenen Wahl des ersten Vorsitzenden nicht einverstanden waren. Dieser Austritt kann selbstverständlich nichts an der Tatsache ändern, daß der Verein die berufene Vertretung der hiesigen Presse ist und bleibt. Der Austritt einiger weniger Mitglieder, die sich überstimmt sehen, wird nützenslos als eine Aktion betrachtet, die die maßgebende Bedeutung der Körperschaft selbst in Frage stellt. Auch der offene und verdeckte Kampf, den das „Karlsruher Tagblatt“ durch seinen leitenden Redakteur gegen den Verein Karlsruher Presse und dessen ersten Vorsitzenden geführt hat, wird niemanden von der Richtigkeit oder Berechtigung der hiermit in aller Form zurückgewiesenen Behauptung überzeugen können.

2. Der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse ist sich dessen bewußt, daß die fortgesetzten Angriffe gegen seine Tätigkeit in allererster Linie auf den leitenden Redakteur des „Karlsruher Tagblattes“, Herrn Gustav Neppert, zurückzuführen sind. Wenn von der Redaktion des „Karlsruher Tagblattes“ die Bereitwilligkeit erklärt wird, eine Plattform zu betreten, auf der eine Einigung zu erzielen sein müßte, so erklärt dazu der Verein Karlsruher Presse, daß er eine solche Einigung mit herzlichster Genugtuung begrüßen würde, soweit die sonstigen Mitglieder der Redaktion des Tagblattes hierin in Betracht kommen; wie sich dem überhaupt der Verein völlig frei weiß von irgendwelchen unfreundlichen Gefühlen gegen das „Karlsruher Tagblatt“ selbst, seinen Verlag und seine Redaktion.

3. Eine Einigung aber mit dem leitenden Redakteur des „Karlsruher Tagblattes“ Herrn Gustav Neppert, hält der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse nach seinen Erfahrungen für völlig ausgeschlossen. Der Vorstand bestreitet dem leitenden Redakteur des „Karlsruher Tagblattes“ nicht nur das Recht, sich als Richter in Ständefragen aufzuspielen, wie er dies oft und gerne tut, sondern der Vorstand lehnt auch deshalb eine Berührung mit Herrn Neppert ab, weil er die ganze journalistische Tätigkeit dieses Herrn als eine schwere Beeinträchtigung des Ansehens der Karlsruher Presse empfindet, und weil er restlos davon überzeugt ist, daß eine

erprobte Zusammenarbeit mit diesen Herrn unter keinen Umständen zu erreichen wäre.

Der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse hat lange gezögert, ehe er sich zu einer öffentlichen Erklärung gegen das dem Ansehen und der Einigkeit der Presse abträgliche Wirken des Herrn Meppert entschloß. Lediglich die bittere Erkenntnis, daß der Verein Karlsruher Presse nur dann weiterarbeiten kann, wenn er einen klaren Standpunkt zwischen sich und Herrn Meppert zieht, nur die Tatsache, daß Herr Meppert selbst in unverständlicher Überschätzung seiner eigenen Stellung den Verein je länger je anmaßender herausforderte, hat es vermocht, daß der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse sich endlich dem harten Zwang der durch Herrn Meppert geschaffenen Lage unterordnete und den Weg in die Öffentlichkeit beschritt.

Karlsruhe, 27. September 1919.

Der Vorstand des Vereins Karlsruher Presse.

Es muß weit gekommen sein, wenn sich eine Ständesorganisation zu einer solchen Erklärung entschließt. Daß sie dem Presseverein nicht leicht gefallen ist, geht aus den letzten Sätzen deutlich hervor. Daß sie notwendig war, unterliegt für uns keinem Zweifel. Auch nach unserer Ansicht hat der leitende Redakteur des „Karlsruher Tagblatts“ in seinem

ganzen journalistischen Wirken fortgesetzt jenes Maß von Läst und Sachlichkeit vermissen lassen, das man von dem Chefredakteur eines angesehenen Organs erwarten muß. So ist seine Tätigkeit allerdings zu einem Krebsgeschwür am Körper der Karlsruher Journalistik geworden. Auf Einzelheiten einzugehen, hat keinen Zweck. Der Öffentlichkeit wird es genügen, zu hören, wie die Ständesgenossen des Herrn Meppert — ganz gleich, welcher Zeitung und welcher Partei sie angehören mögen — über ihn denken. Daß einer solchen Denkweise nicht etwa eine Erfahrung, sondern eine lange Kette von Erfahrungen zugrunde liegt, ist selbstverständlich.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat mit Entschluß vom 30. August d. J. den Bürovorsteher Oberrechnungsrat Karl Hölflinger bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues die Stelle eines Inspektionsbeamten übertragen.

Das Staatsministerium hat mit Entschluß vom 30. August d. J. den Otonomen der Zeit- und Pflanzkultur Emmendingen, Otonomie-Inspektor Adolf Jörger, seinem Ansuchen entsprechend, auf 1. Januar 1920 in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 18. September d. J. dem Rechnungsrat Valentin Galm bei der Zoll- und Steuerdirektion die Stelle eines Inspektionsbeamten beim Zollministerium übertragen.

Mit Entschluß des Ministeriums des Innwardigen vom 18. September d. J. wurde dem Ober-Postassistenten Emil Zubrod in Karlsruhe und den Postassistenten Christian Gäßler in Mastadt der Charakter als Postsekretär, ferner den Telegraphenassistenten Georg Grimm in Karlsruhe der Charakter als Telegraphensekretär verliehen.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des General-Synodalausschusses die auf sechs Jahre erfolgte Ernennung des Pfarrers D. Karl Hesselbacher z. B. in Karlsruhe auf die Evangelische Pfarrei nach Baden für endgültig erklärt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des General-Synodalausschusses den evangelischen Pfarrerdirektor Walter Kraft in Reichenheim zum Pfarrer derselben ernannt.

Mit Entschluß des Ministeriums der Finanzen vom 28. September d. J. wurde Wohnverwalter Markus Schmitt in Donaueschingen nach Baden-Dos versetzt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung

vom 11. September 1919.

Den Verkehr mit Torf betr.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung in der Fassung der Bekanntmachungen vom 4. November 1915, 5. Juni und 6. Juli 1916 (R.G.B. 1915 S. 607, 728, 1916 S. 439, 673) wird verordnet, was folgt:

§ 1. Die Ausfuhr von Torf aus dem Reichsstaat Baden ist nur auf Grund einer Versandgenehmigung gestattet. Die Versandgenehmigung wird bei der Beförderung der Ware mit der Bahn oder dem Dampfschiff auf dem Frachtbrief vermerkt. Erfolgt die Ausfuhr in anderer Weise, so wird die Versandgenehmigung in Form eines Beförderungsscheines erteilt, welchen die Ware nach außerbadischen Orten bringende Person bei sich zu führen hat. Die Beförderung darf nur an dem Tag erfolgen, welcher vom Bürgermeisteramt des Versandortes als Abgangstag vermerkt ist.

§ 2. Die Versandgenehmigung wird durch die Badische Landeskohlenstelle in Mannheim erteilt. Der Antrag auf Erteilung der Versandgenehmigung ist schriftlich bei der Landeskohlenstelle einzureichen unter Bezeichnung des Versenders und Empfängers sowie der Menge und des Preises des zu versendenden Torfs. Falls die Beförderung mit der Bahn oder dem Dampfschiff erfolgen soll, ist dem Antrag der Frachtbrief beizufügen.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 11. September 1919.

Badisches Ministerium des Innern. D.-3.253

Bekanntmachung.

Ablieferung von Flachs und Hanf betr.

Herrn Seilermeister Emil Dreher in Durlach ist vom Walfaser-Hauptauschuss die alleinige Aufkaufsberechtigung für Hanf und Flachs aller Arten in dem Bezirk Karlsruhe erteilt worden.

Verkauf der beschlagnahmten Hanf- und Flachsente 1919 an andere Personen wird strafrechtlich verfolgt.

Karlsruhe, den 3. September 1919.

Flachs- und Hanfbankstelle, Stefaniensstr. 32.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Die Bürgermeisterämter werden beauftragt, vorstehende Bekanntmachung ortsbüchlich bekannt zu geben.

Karlsruhe, den 19. September 1919.

Bad. Bezirksamt. D.-3.252

Badisches Landestheater

Sonntag, den 28. September 1919

Parsifal

Anfang 4 1/2 Uhr Besondere Preise

Hilfe für alle Schlecht-Schreiber

durch F. Bud, Spezialist für Handschriftenverbesserung

garantiere nur Erfolg, oder das ganze Honorar zurück!

Kurs M. 20.-; Zeitabnahme gekaufte.

Nach allen Orten Deutschlands briefl. Unterricht.

Montag und Donnerstag bei freier Stundenwahl von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr persönlicher Unterricht in geräumigen Lokalitäten. Kursdauer 6 bis 8 Stunden.

Karlsruhe, Lessingstr. 78. Auskunft gegen Rückporto.

Zur Massen-Vertilgung der Feldmäuse

nur „Millimors“

Millimors ist billig. 1 Röhre für 1/2 bis 1 Morgen M. 1.50. In Drogerien und Apotheken erhältlich, wo nicht zu haben, durch uns direkt zu beziehen.

Chemisch-bakteriologisches Laboratorium „Millimors“, Karlsruhe, Herrenstraße 15.

Anfang Juli begann zu erscheinen:

Die Frau und ihr Haus

Zeitschrift für Kleidung-Gesundheit Körperpflege und Wohnungsfragen

Herausgeberinnen: Elisabeth Köhl, Klara Sander, Else Wirminghaus — Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis vierteljährlich 1.— Mk., Einzelpreis 20 Pfennig.

Dreierlei will diese neue Zeitschrift fördern: die **Kleidungs- und Wohnungsfrage** und die **Pflege des Körpers**. Alle Kräfte müssen gewandt, alle Werte gesucht werden, um den Wiederaufstieg unseres Volkes zu ermöglichen. Die Zeitschrift will durchaus kein „Modellblatt“ sein, sie will das wachsende Bestreben der deutschen Frauen unterstützen, die sich nach **ihrem eigenen Art anziehen wollen**, gesund, zweckmäßig, einfach und schön. Mit guten Ratschlägen, Zeichnungen und Anleitungen will sie in ihnen die **Verlebenskraft** für das eigene Kleid, die **passende Bluse**, den **praktischen Mantel** stärken. Und nicht zuletzt soll hier auch **Gutes für die Kinderkleidung** gewirkt werden, um zu einer guten **Geschmacksbildung** unserer Nachkommenschaft zu gelangen. Wichtig für die Frau ist auch die **Pflege ihrer Wohnung**, die nicht in tagespolitischer Form behandelt werden soll, sondern in dem einfachen Bestreben, den **Geschmack für Klarheit, Schlichtheit, Zweckmäßigkeit und Schönheit** auch hierin zu bilden. Die **Körperpflege** ist das dritte Gebiet, das im Rahmen dieser Zeitschrift die verdiente Beachtung finden soll. So will „Die Frau und ihr Haus“ weitesten Kreisen deutscher Frauen ein **Wegweiser** sein in dem Bemühen, vorbildlicher Mittelpunkt der Familie zu werden.

Probenummern kostenfrei.

Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und vom Verlag:

G. Braunsche Postbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe i. B.

Bei der Stadtgemeinde Pforzheim ist unter Zustimmung sämtlicher Rathausparteien die Stelle des **Oberbürgermeisters** alsbald zu besetzen. Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe ihrer Gehaltsansprüche beim Stadtrat Pforzheim bis zum 25. Oktober 1919 einreichen. Dienstwohnung mit Garten ist vorhanden. Der Stadtrat.

Preisauschreiben!

Unter den Mitgliedern der **Badischen Architektenkammer** (Selbständige Privatarchitekten) wird zwecks Erlangung von Entwürfen zum Neubau eines **Ökonomie-Gebäudes mit Dienstwohnungen** auf dem Gelände des Friedrich-Hilde-Gesundungsheims in Oberweiler, Amt Mühlheim (Baden) ein **Wettbewerb** hiermit öffentlich ausgeschrieben. Einlieferungsfrist der Entwürfe: 20. November 1919. Es kommen 3 Preise mit zusammen 2500 M zur Verteilung. Die Wettbewerbsunterlagen können, so lange der Vorrat reicht, von den Mitgliedern der Bad. Privatarchitektenkammer vom 3. Oktober 1919 ab von der unterzeichneten Stelle unentgeltlich erhoben werden. Karlsruhe, Kriegsstraße 136, im September 1919. Der Vorstand der Arbeiterpensionkasse der Badischen Staatseisenbahnen und Salinen. Franz Zimmermann, Oberbetriebsinspektor.

Fräulein, i. Kochen, Nähen sowie im Haushalt erfahren **sucht Stellung a. Stütze** wo Mädchen vorhanden. Familienanschluss. Angebot unter G 994 an die Exped. der Karlsruh. Ztg. erbeiten.

Kein Teerprodukt kein Wasserfrem

Büdo N° 20

Büdowerk Schwellingen 7/8

Schweizer-Stumpfen kauft, u. auch größte Posten **G. Winkelmann** Essen-Ruhr. Viehhofstraße 118.

Berj. Bekanntmachungen Kanzeileihstellen Bei uns ist eine **Kanzeileihstelle** zu besetzen. Militäranwärter wollen sich unter Vorlage eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, Zeugnisse und Zivilversorgungschein **innen 10 Tagen** bewerben. Wegen in hiesiger Stadt herrschender Wohnungsnot werden ledige Personen leichter aufgenommen. D.242 Wolfach, 24. Sept. 1919. Bezirksamt.

Schmuckfaden aller Art und Pfandscheine werden stets angekauft in **Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52. Tel. 3747**

Win stets Abnehmer von **frischen Gänselebern** und zahle für Ia Ware höchste Tagespreise. **Gänseleberpaffetenfabrik L. Bolle-Ritz** Freiburg i. B., Bertholdstr. 43.

Angebote müssen beschloffen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur **Submissionsfrist** am **Wittwoch, den 15. Oktober 1919, vormittags 10 Uhr**, beim **Großh. Forstamt Gernsbach** einzureichen sein. Das Holz wird vorgezeigt von den **Forstwarten Bauer in Dürsch, Rheinhardt in Brotenau und Schultze in Rombach.** D.243

Tarifserhöhung. Am 1. Oktober treten im Personen-, Gepäc-, Express-, Tier- und Güterverkehr unserer Nebenbahnen Albtalbahn, Bruchsal-Hilsbach-Wenzingen, Wühlertalbahn, Neckarschloßheim-Hüffenhardt u. Wiesloch-Neckesheim-Balangeloch erhöhte Tarife und Erhöhungen in Kraft. Die Preise für Frachteinheiten der Albtalbahn werden schon vom 28. September 1919 ab erhöht. Die Erhöhung der durch § 6 (5) der Eisenbahnverkehrsordnung vorgeschriebenen **Öffentlichkeitszeitschrift** hat das Reichs-Eisenbahnamt nachgeschaffen. Nähere Auskunft erteilt die unterzeichnete Stelle. Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Badische Lokal-Eisenbahnen u. G. Die Direktion.

Binnentarif der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft vom 1. Mai 1918.

Wehjetarif Nebenbahnen der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft und der Nebenbahn Rhein-Lahr-Seelbach vom 1. Okt. 1914. Am 1. Oktober 1919 treten im Personen-, Gepäc-, Express-, Tier- und Güterverkehr Tarifserhöhungen in Kraft. Die Abweichung von § 6 (5) der Eisenbahnverkehrsordnung ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt. S.1 Rehl, 25. September 1919. Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft. Abteilung Baden.

Erhöhung der Güter- und Tier-tarife. Zur Durchführung der am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden weiteren Erhöhung der Güter- und Tier-tarife um 5 v. S. in den deutschen Binnen- und Wechselverkehren werden außer der allgemeinen Kilometer-tarif-tabelle (Teilheft C Ia) **Hilfs-tabelle (Einrechnungstabelle)** herausgegeben, mittelst welcher die Frachttarife der Güter- und Tier-tarife entsprechend erhöht werden. Verkaufspreis für das Stück 30 Pf. Näheres durch die Güterabfertigungen. D.252 Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Güterverkehr bad.-schweiz. Heber-gänge-Schweiz. Unter Aufhebung der Bestimmungen unter a u. e des Anhangs zu den deutsch-schweizerischen Güter-tarifen vom 1. 4. 1919 wird die **Zusatz-berechnung** ab 1. Oktober 1919 neu festgesetzt. Näheres enthält unser **Tarif-anzeiger**. D.253 Karlsruhe, 26. Sept. 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.